

**Öffentliche Niederschrift
28. Sitzung des Sozialausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, 03.12.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Ulrike Willing-Spielmann CDU

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Bülent Sahin	SPD	
Eugen Lenz	CDU	Vertretung für: Robert Babic
Helmut Bennewa	CDU	
Klaus-Dieter Broß	CDU	
Helga Grothe	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	
Denise Horn	SPD	
Stefanie Opitz	DIE GRÜNEN	
Dr. Jörg Schröer-Tebbe	SPD	
Sebastian Girrullis	DIE GRÜNEN	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	Vertretung für: Dieter Büschken

sachkundige/r Bürger/in

Johanna Liell	CDU
Benedikt Josef Domberger	CDU
Finn Rubin	CDU
Jochen Kamps	SPD
Johannes Stelzer	SPD
Marijke Prellwitz	DIE GRÜNEN
Birgit Mumm	AfD
Hartmut Imlau	Linke.Liste
Jennifer Schnettler	FDP im Rat

Verwaltung

Beigeordneter Frank Motschull Dezernat 2

Abwesend

Vorsitz

Sonja Bongers SPD Entschuldigt

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Robert Babic	CDU	Entschuldigt
--------------	-----	--------------

sachkundige/r Bürger/in

Dieter Büschken	BOB im Rat	Entschuldigt
-----------------	------------	--------------

hinzugewählte Personen

Burak Arslan	IR - DIL	Entschuldigt
--------------	----------	--------------

Verwaltung

Jürgen Jäschke
Stephanie Peters
Kornelia Kruck
Heiko Kutsch
Sabine Lupzik
Mustafa Eren
Nadine Franke
Jens-Daniel Krause
Maren Heutger
Johannes Pagel
Matthias Frerix
Uwe Bonsack
Simone Pietrasch-Johimski
Lena Slavik
Mario Hofmann
Mischa Nowicki
Nastassja Schechinger

Gäste und weitere Teilnehmer

Frank Domeyer	Diakoniewerk Oberhausen
Michael Kreuzfelder	Caritasverband Oberhausen
André Decker	Ruhrwerkstatt
Frank Janßen	Kurbel
Valeska Hurraß	Jobcenter Oberhausen
Ercan Telli	Geschäftsstelle Integrationsrat
Meike Tekaat	Geschäftsstelle CDU-Fraktion
Dennis Lotz	Geschäftsstelle SPD-Fraktion
Florian Sauer	Geschäftsstelle Fraktion DIE GRÜNEN

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
	Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung	
1	Vorberatungen	
1.1	Haushaltssicherungskonzept 2025 ff. - Fortschreibung	B/17/5996
1.2	Veränderungsnachweisungen zum Entwurf des Haushaltes 2025	B/17/5997
1.3	Vorberatung Haushalt 2025	B/17/5859
1.4	Konzept für eine Quotenregelung für öffentlich geförderten Wohnungsbau	B/17/6058
1.5	Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen"	B/17/6067
2	Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung	
2.1	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht - Künftige Entwicklung der AGH-Maßnahmen	A/17/6088
2.2	Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Sachstand zu Kürzungen im Bereich des SGB II (u.a. bei den Arbeitsgelegenheiten AGH) und Auswirkungen auf die Träger“	A/17/6089
2.3	Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der geplanten Kürzungen der schwarz-grünen Landesregierung im Sozialbereich und die daraus resultierenden Folgen für die Angebotsstruktur und die betroffenen Menschen.	A/17/6104
3	Mitteilungen der Verwaltung	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Stadtverordnete Willing-Spielmann, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste sowie die Vertreter der Medien. Besonders begrüßt sie die neuen Bürgermitglieder Frau Schäfer und Frau Prellwitz und teilt mit, dass eine Vereidigung bereits im Kultur- und Gleichstellungsausschuss erfolgt ist.

Sie entschuldigt die Vorsitzende Frau Bongers, die einen anderweitigen Termin wahrnimmt.

Zum TOP 2.1 des öffentlichen Teils räumt Sie den öffentlichen Trägern ein Rederecht ein. Hierzu wird Einvernehmen festgestellt.

Anschließend stellt die Vorsitzende fest, dass die Einladung, die Nachtragstagesordnung sowie die Beratungsunterlagen allen Mitgliedern des Sozialausschusses form- und fristgerecht zugegangen sind.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und eröffnet die 28. Sitzung des Sozialausschusses.

1 Vorberatungen

**1.1 Haushaltssicherungskonzept 2025 ff. - Fortschreibung
B/17/5996
ohne Votum vorberaten**

Herr Rubin, Bürgermitglied, meldet zu den Tagesordnungspunkten 1.1 bis 1.3 Beratungsbedarf an.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/5996 ohne Votum vor.
--

**1.2 Veränderungsnachweisungen zum Entwurf des Haushaltes 2025
B/17/5997
ohne Votum vorberaten**

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/5997 ohne Votum vor.
--

**1.3 Vorberatung Haushalt 2025
B/17/5859
ohne Votum vorberaten**

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/5859 ohne Votum vor.
--

**1.4 Konzept für eine Quotenregelung für öffentlich geförderten Wohnungsbau
B/17/6058
ohne Votum vorberaten**

Herr Stadtverordneter Girrullis meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an. Er schlägt vor, die Beratung im Fachausschuss „Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss“ vorzunehmen.

Herr Hofmann, Stadtentwicklung, teilt ergänzend zur Vorlage mit, dass 5 Varianten einer Quotenregelung für öffentlich geförderten Wohnungsbau mit Vor- und Nachteilen in der Vorlage aufgeführt sind. Es soll eine Quote von maximal 35 Prozent ab acht Wohneinheiten bei Neubauprojekten festgeschrieben werden. Derzeit steht der Bereich aufgrund einer Förderung mit der Landesverwaltung in Kontakt.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/6058 ohne Votum vor.
--

**1.5 Wirtschaftsplan 2025 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "ASO Alteinrichtungen der Stadt Oberhausen"
B/17/6067
ungeändert vorberaten**

Herr Frerix, Bereich Beteiligungen, teilt mit, dass der Wirtschaftsplan ein leicht positives Ergebnis aufweist. Bei den Instandhaltungen sind Kosten für die Sanierung der Fassade am Haus Bronkhorstfeld sowie Kosten für den ersten Abschnitt der aufgrund von Wasserschäden entstandenen notwendigen Dachsanierung berücksichtigt.

Herr Stadtverordneter Girrullis bedankt sich bei Herrn Frerix für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm aufgrund des Wechsels in einen anderen Bereich alles Gute für die neue Aufgabe.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/6067 einstimmig zustimmend vor.

2 Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht - Künftige Entwicklung der AGH-Maßnahmen
A/17/6088
zur Kenntnis genommen**

Frau Hurraß, Geschäftsführung des Jobcenters, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entwicklung der AGH-Maßnahmen dar. Hierbei geht sie auf die Haushaltssituation in 2025 für alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ein. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Rubin, Bürgermitglied, fragt nach, was mit den Personen geschieht, die sich bereits in einer Maßnahme befinden und welche Konsequenzen für die Träger in Oberhausen zu erwarten sind.

Frau Hurraß erläutert, dass bestehende AGH-Maßnahmen noch bis zum Ende durchgeführt werden. Mit den Trägern, die unmittelbar zum Zeitpunkt der Bekanntgabe informiert und eingebunden wurden, steht sie auch weiterhin in Gesprächen.

Herr Stadtverordneter Girrullis gibt zu bedenken, dass die AGH-Maßnahmen nicht nur für die Menschen die diese in Anspruch nehmen, wichtig sind, sondern auch für das Stadtbild, da bei den Trägern letzten Endes Personal freigesetzt werden wird.

Auch Frau Stadtverordnete Horn benennt die dramatischen Auswirkungen für die betroffenen Personen sowie auch für die Träger. Sie fragt nach, welche Dienstleistungen eingekauft werden, da hier erhöhte Kosten zu verzeichnen sind. Hierbei handelt es sich laut Frau Hurraß um den ärztlichen Dienst, das Servicecenter, den Forderungseinzug und den Inkassodienst.

Herr Stelzer, Bürgermitglied, gibt zu bedenken, dass psychisch erkrankte Menschen besonders unter den Kürzungen bei den AGH-Maßnahmen leiden, da sie Probleme haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Daher fordert er die Trägerversammlung zur Prüfung auf, wo ggf. Gelder zur Verfügung stehen, die für die AGH-Maßnahmen bereitgestellt werden können.

Frau Hurraß erläutert hierzu, dass bereits eine umfangreiche Prüfung stattgefunden hat und Beträge in anderen Bereichen, z.B. bei den Fortbildungen, eingespart wurden.

Herr Janßen, Geschäftsführung der Kurbel gGmbH, teilt mit, dass durch die Einsparungen mehr als die Hälfte der Maßnahmen wegfallen, sodass auch entsprechend Personal einzusparen ist. Nunmehr muss nach Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Arbeitsförderung gesucht werden. Die Verantwortung sieht er jedoch nicht bei den Jobcentern, sondern beim Bund.

Frau Hurraß teilt mit, dass nunmehr versucht werden muss, die Menschen durch Weiterbildungen für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Herr Decker, Geschäftsführung der Ruhrwerkstatt teilt mit, dass auch dort die Einschnitte den Menschen die Chance auf Arbeit genommen wird und dass auch Personal eingespart werden muss.

Herr Beigeordneter Motschull dankt den Trägern sowie auch Frau Hurraß für den offenen Umgang mit dem Thema. Solche dramatischen Einschnitte für die Menschen, die auf die Maßnahmen angewiesen sind, aber auch für die Träger, die nun Personal entlassen müssen, können nicht nachvollzogen werden. Er bedauert, dass der städtische Haushalt die Kürzungen nicht auffangen kann. Pro Maßnahme wären 50-60 Tausend Euro bereitzustellen.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache A/17/6088 zur Kenntnis.
--

2.2 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Sachstand zu Kürzungen im Bereich des SGB II (u.a. bei den Arbeitsgelegenheiten AGH) und Auswirkungen auf die Träger“
A/17/6089
zur Kenntnis genommen

Der Antrag wurde unter TOP 2.1 mitbehandelt.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache A/17/6089 zur Kenntnis.
--

-
- 2.3 Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der geplanten Kürzungen der schwarz-grünen Landesregierung im Sozialbereich und die daraus resultierenden Folgen für die Angebotsstruktur und die betroffenen Menschen.
A/17/6104
zur Kenntnis genommen**

Frau Stadtverordnete Horn teilt mit, dass nicht nur Kürzungen im Bundeshaushalt, sondern auch im Landshaushalt vorgesehen sind und fragt nach den konkreten Einschnitten für Oberhausen.

Herr Beigeordneter Motschull erläutert hierzu, dass die Kürzungen im sozialen Bereich 83 Millionen Euro betragen, was von der Kommune nicht nachzuvollziehen ist. Von den Kürzungen betroffen sind wahrscheinlich u.a. die Schuldnerberatung, die Insolvenzberatung und die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen. Bei diesen Kürzungen sind Menschen betroffen, die sich ohnehin in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden. Die Stadt Oberhausen ist nicht in der Lage, die Kürzungen aufzufangen.

Positiv festzustellen ist, dass im Obdachlosenbereich und bei der Oberhausener Tafel keine Kürzungen vorgesehen sind.

Herr Beigeordneter Motschull bedankt sich ausdrücklich bei den Trägern, die den Menschen durch ihre Beratung helfen.

Herr Domeyer, Geschäftsführung Diakoniewerk Oberhausen, teilt mit, dass die Landesregierung heute Mittag bekannt gegeben hat, dass sich die von Herrn Beigeordneten Motschull genannte Einsparsumme auf 43 Mio. Euro gesenkt hat.

Seit Jahrzehnten ist die Zuwendung vom Land nicht auskömmlich, sodass immer eine Kompensation über die Stadt Oberhausen erforderlich war. Zum Beispiel im Bereich der rechtlichen Betreuung fehlen im kommenden Jahr über Hunderttausend Euro. Das ist ohne die Hilfe durch die Stadt Oberhausen nicht zu bewerkstelligen.

Herr Beigeordneter Motschull erläutert, dass nun die Zahlen und anschließend die Möglichkeiten der Kompensation geprüft werden müssen.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache A/17/6104 zur Kenntnis.
--

3 Mitteilungen der Verwaltung

-entfällt-

gez.

stellv. Vorsitzende
Ulrike Willing-Spielmann

gez.

Schriftführerin
Dorothea Albrecht